

17. Juni – Reden zum Tag der Deutschen Einheit, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1964, Zusammengestellt von Herbert Hupka

Erich Ollenhauer

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor wenigen Tagen hat in Wien die größte Organisation der arbeitenden Menschen in der Welt, der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, mit mehr als 54 Millionen Mitgliedern in 75 Ländern eine eindrucksvolle Kundgebung für die Männer und Frauen des 17. Juni 1953 veranstaltet. Der 17. Juni 1953 ist im Bewußtsein der freien Welt ein geschichtliches Datum geworden. Er gilt als Symbol des spontanen Aufstandes unterdrückter Menschen gegen das System des Unrechts und der Willkür hinter dem Eisernen Vorhang. So wie der Freiheitskampf der Berliner Bevölkerung gegen die Unmenschlichkeit der Hungerblockade, so hat der Aufstand der Arbeiter in Ost-Berlin und in der Sowjetzone am 17. Juni 1953 dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit des neuen demokratischen und freiheitlichen Deutschlands einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Wir danken den Kämpfern des 17. Juni, und wir verneigen uns in Ehrfurcht vor den Opfern dieser großen Tage.

Der Tag der Deutschen Einheit ist aber für uns, vor allem für die Menschen in der Bundesrepublik, ein Tag der Verpflichtung und eine Aufforderung zur Tat. Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat der großen geschichtlichen Leistung der Bevölkerung der Zone für die Freiheit und die Einheit unseres Volkes noch nichts ebenbürtiges zur Seite zu stellen. Wir haben unseren entscheidenden Beitrag zur Einheit Deutschlands in Freiheit noch zu erbringen.

Wir können die Spaltung unseres Landes sicher nicht allein aus eigener Kraft überwinden, aber wir müssen mehr tun für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bevölkerung der Sowjetzone und der Bundesrepublik, als bisher getan wurde. Wir müssen vor allem auch unsere Solidarität mit den politischen Opfern des Regimes in der Sowjetzone, die als Flüchtlinge zu uns kommen, dadurch unter Beweis stellen, daß wir ihnen eine menschenwürdige Existenz sichern. Wir müssen auch noch mehr tun für die wirtschaftliche und kulturelle Stärkung der Stadt Berlin, weil sie nur dann ihre große gesamtdeutsche Aufgabe als Symbol eines freien Deutschlands erfüllen kann, wenn sie auf gesunden wirtschaftlichen Grundlagen ruht. Das Ausmaß dieser tatkräftigen und umfassenden Hilfe ist auch der einzig gültige Maßstab für die Ernsthaftigkeit des Willens zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Sicher erfordert eine solche Politik Opfer und Lasten, aber, wenn wir schon zögern, diese Opfer und Lasten auf uns zunehmen, wie wollen wir die große Leistung vollbringen, die von uns verlangt werden wird, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands zur Wirklichkeit wird?

Über diesem Jahrestag des 17. Juni liegt ein Schimmer von Hoffnung. Die Tendenzen einer Entspannung der internationalen Lage haben sich verstärkt. Auf beiden Seiten der Weltpolitik, in Ost und West, scheint der Wille zu wachsen, durch Verhandlungen und Vereinbarungen zu einem friedlichen Nebeneinander der Völker zu kommen. Die Aussichten für eine internationale Vereinbarung über eine allgemeine international kontrollierte Abrüstung haben sich gebessert. Eine neue Vierer-Konferenz wird im Juli stattfinden. Wir alle begrüßen diese Entwicklung, denn die Erhaltung und Festigung des Friedens ist die Hoffnung aller Menschen und aller Völker. Die internationale Entspannung ist auch eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Bemühungen der vier Mächte über die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit und damit für die Befreiung der 17 Millionen unserer Landsleute in der Zone aus Not und Unterdrückung.

Die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung wird sich aber nur erfüllen lassen, wenn vor allem die Deutschen in der Bundesrepublik jede denkbare Anstrengung machen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir können von keinem Volk und von keiner Regierung erwarten, daß sie mehr für die Wiedervereinigung tun als wir Deutsche selbst zu tun bereit sind. Die politische Forderung des 17. Juni 1955 ist die Forderung an die Bundesregierung, daß sie bei den kommenden Verhandlungen in Moskau und in Genf dahin wirkt, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit der erste Punkt des Verhandlungsprogramms wird. Wir wollen die Normalisierung unserer Beziehungen zu allen Völkern, weil wir mit allen in Frieden und Freundschaft leben wollen. Aber für das deutsche Volk ist dieses Ziel erst erreicht, wenn ein freigesähltes gesamtdeutsches Parlament und eine freigesählte gesamtdeutsche Regierung in Berlin die normalen Beziehungen zu allen Völkern in West und Ost aufnehmen kann.

Die Leistung für die deutsche Einheit in Freiheit, die die Bundesrepublik für das deutsche Volk erbringen muss, wenn wir es den Freiheitskämpfern des 17. Juni 1953 in der Erfüllung unserer nationalen Verpflichtung gleich tun wollen, besteht darin, daß wir gerade jetzt und bei den kommenden internationalen Verhandlungen eine aktive Politik der Wiedervereinigung betreiben. Eine Verständigung zwischen West und Ost auf der Basis der Fortdauer der Spaltung Deutschlands ist für das deutsche Volk untragbar. Untragbar wäre auch eine Internationalisierung von Berlin, von der jetzt so viel gesprochen wird. Eine solche Politik wäre eine Politik des Ausweichens und eine Politik des Undankes gegenüber dem Freiheitskampf der Stadt Berlin und gegenüber den Freiheitskämpfern des 17. Juni in Ost-Berlin und in der Sowjetunion.

Wir grüßen in unlösbarer Verbundenheit die Bevölkerung der Sowjetzone. Wir danken ihr für ihre Opfer und für ihre Tapferkeit im Menschlichen. Wir empfinden diesen Gruß und das Versprechen, sie nicht zu vergessen, als eine Verpflichtung, durch die Tat zu beweisen, daß nicht in erster Linie unser eigenes Wohlergehen, sondern das Ringen um die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit unsere erste Sorge und unser erstes Anliegen sein wird.

17. Juni 1955